

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werkstage.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Pf.
Herrn: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 203.

Freitag, den 30. August 1918.

75. Jahrgang.

Was wird aus dem Handel?

Es lädt sich heute schwer voransagen, wie die Entwicklung beim Wiederaufbau des Handels in der Übergangszeit sich vollziehen wird. Das ist auch nur natürlich, denn der Handel ist das Bindeglied zwischen den beiden großen Gruppen der Erzeuger und Verbraucher und in seiner Tätigkeit darum davon abhängig, wie diesen beiden Parteien der Volkswirtschaft erlaubt wird, sich frei zu bewegen. Im allgemeinen kann man sagen, dass der Handel sich in demselben Maße wird betätigen können, in dem der staatliche Swang von der Landwirtschaft, von Industrie und Handwerk genommen wird. Man kann es wohl verstehen, dass der Handel selbst darauf dringt, recht bald wieder in seine früheren Rechte eingefügt zu werden, dass er angesichts der Ausbildung während der Kriegszeit bestrebt ist, sich in Zukunft eine so feste Siedlung zu schaffen, dass ihm ähnliche Erfahrungen erwarten bleiben. Der Handel will nicht mehr die "dienende Magd" sein, die der Staat nach Belieben beschäftigt oder entlässt, sondern eine den Erzeugern und Verbrauchern gleichwertige Stellung einnehmen. So bestrebt aber auch sein Bestreben ist, als lebenswichtiges Glied im Gesamtbau der Volkswirtschaft anerkannt zu werden, so wird seine Tätigkeit doch immer den Charakter des Dienenden behalten müssen. Das schlägt jedoch in seiner Weise aus, dass seine Vertreter in der freien Friedenswirtschaft in sichrende Herstellung gelangen. Hat es doch Seiten gegeben, in denen sowohl Erzeuger wie Verbraucher unter einem Regiment des Handels standen, das mit den Worten "Handel ist Wucher" kennzeichnet wurde. Diese Seiten und mit ihnen eine beträchtlich falsche Auffassung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit und Bedeutung sind nun wohl für immer dahin, nachdem wir die Folgen seines Mangels in der Kriegswirtschaft am eigenen Leibe — und dies im vollen Wortsinne — verspüren mussten.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft wird der Handel in demselben Augenblick beginnen können, in dem mit dem Abbau der Swangswirtschaft begonnen wird, und er wird um so umfassender sich betätigen können, je weiter die Swangswirtschaft vor der einsetzenden Friedenswirtschaft zurücktritt. Gegenwärtig ist der Großhandel ja nur der Kommissionär der Kriegsgesellschaften, und der Kleinhandel befindet sich in der wenig bedeutenswerten Lage von Angestellten der Kommunalverbände und der Gemeindeverwaltungen, und am freiesten ist wohl heute — der Schlechthandel. Ob es dem legitimen Handel aber gelingen wird, das gesamte Feld seiner früheren Tätigkeit zurückzugewinnen, dürfte wohl recht fraglich sein. Einerseits werden seinem Wirken aus dem Streben des Staates nach Monopolien Schranken erwachsen. Das Spiritusmonopol haben wir bereits, und ob wir auch ein Getreide- und Zuckermonopol bekommen werden, kann man heute noch gar nicht übersehen. Durch die Monopole aber würde der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten sehr wesentlich eingeschränkt werden. Andererseits ist dem Handel dann in den während des Krieges erstaunten Genossenschaften ein gefährlicher Mitbewerber erwachsen, der ihm auch nach dem Kriege einen großen Teil seines früheren Kundenkreises entziehen wird.

Auf industriiellem Gebiete wird die Wiederaufbauung des Handels von der Rohstoffbeschaffung abhängig sein. Gelingt es uns, Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen, so liegt der Heranziehung des Handels nichts im Wege, er wird sogar mit größerem Erfolg ausländische Rohstoffe einzuführen vermögen, als es staatliche Einfuhrregeln tun können, die erfahrungsgemäß die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit vermissen lassen, die dem Handel immer eigen gewesen sind, und die auch nicht wie der Handel über alte Beziehungen zum Auslande verfügen. In jüngster Zeit aber der Überseehandel zu neuem Leben erwacht werden kann, wird schließlich von der Art der Friedensverträge mit England und Amerika abhängen. Wenn sich das Deutsche Reich beim Eintritt in die Friedenszeit in großer Finanznot befinden sollte, ist zu befürchten, dass eine Monopolisierung des Ein- und Ausfuhrhandels vorgenommen wird, um jeden Gewinn zur Abtragung der Kriegsschulden zu verwenden. Mit dem Überseehandel ist die Seeschifffahrt eng verbunden, deren Wiederaufbau ebenfalls von der Art der Friedensverträge abhängt; einstweilen hat das Reich durch das Gesetz über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sowohl der Seeschifffahrt wie dem Überseehandel eine gute Stütze geschaffen.

Bei der Aufteilung der Rohstoffe an die einzelnen Industriezweige wird der freie Handel ebenfalls nur in beschränktem Maße herangezogen werden können, da diese Verteilung in der ersten Zeit mir durch die Hand des Staates geben wird und Staat sowohl wie Industrie ein Interesse daran haben, dass die Rohstoffe durch Zwischenmänner keine Verteuerung erfahren. Im weiteren Verlauf der Rohstoffe durch Handwerker- und industrielle Organisationen vor sich geben, und erst bei dem Absatz der fertigfabrikate an das Publikum wird der Handel ein freies Feld für seine Tätigkeit finden. Wie weit dieses Feld aber ist, ist wieder eine Frage des Friedensschlusses. Wenn wir als armes Volk in die Friedenszeit hineingehen, gedrückt von einer ungeheuren Kriegsschulde, wird die Kaufkraft und Kauflust außerordentlich gering sein und damit der Handel nur enge Grenzen haben. Es zeigt sich hier die Abhängigkeit des Handels von Erzeuger und Verbraucher, vor allem aber das Interesse des Handels an einem guten Ausgang des Krieges. Nur wenn die Lebensbedingungen für alle Arten von Erzeugern (von Lebensmitteln und Fabrikaten) sicher gestellt sind, hat auch der Handel die eigentlichen Grundlagen seiner Existenz.

Die deutsch-spanischen Verhandlungen.

Auf dem Wege zur Einigung?

Berlin, 29. August.

Über den Stand der deutsch-spanischen Verhandlungen werden im Auslande allerlei böswillige Gerüchte verbreitet, die von neuen Schwierigkeiten zu berichten wissen. Demgegenüber darf gesagt werden, dass die Verhandlungen einen durchaus normalen Verlauf nehmen, so dass einstweilen jedenfalls pessimistische Befürchtungen über das zu erwartende Ergebnis nicht angebracht erscheinen.

Die deutsche Politik geht nach wie vor von der Auffassung aus, dass der uns von England aufgezwungene U-Boot-Krieg im Speziell einer Einschränkung erfahren darf, und das somit hier eine Rücksichtnahme auf neutrale Schiffe ausgeschlossen ist. Etwas anderes ist es mit den nichtgeperten Gebieten, in denen das System der Geleitstreiche unter Umständen noch mehr erweitert, und den Neutralen damit eine gewisse Erleichterung gewährt werden könnte. Unter solchen Voraussetzungen wäre eine Verständigung zu ergreifen, falls Spanien, von dessen wahrhaft neutraler Gemütslage wir uns in vier Kriegsjahren überzeugen konnten, einer solchen Lösung zustimmt. Dann dürfte es vornehmlich auch nicht mehr schwer fallen, über die Frage des verlorenen spanischen Schiffsträums für zukünftige Fälle eine Einigung zu erzielen. In jedem Falle werden die Verhandlungen in friedlichem Geiste fortgesetzt, unbbeeinflusst durch die Kreibereien des Verbündeten, der sich alle erdenkliche Mühe gibt, sie zu föhren.

Wie sich aus den vorliegenden Darlegungen ergibt, sind beide Teile nach Kräften bemüht gewesen, die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes im Osten entgegenstehen, auf dem Wege freundshaflicher Verständigung zu überwinden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Schaffung von Sondergesandtschaften in Sofia haben die bayerische und die sächsische Regierung beschlossen. Schon in der nächsten Woche, bei einem bevorstehenden Anlass, soll die Schaffung dieser diplomatischen Vertretungen bekanntgegeben werden. Bayern wird seinen jetzigen Gesandten in Wien als Vertreter in Sofia beauftragen, während Sachsen einen eigenen Gesandten nach Sofia entsenden wird. Es wird erzählt, dass der Gesandte zunächst ein unverheirateter Mann sein muss, weil für einen verheirateten mit Familie gegenwärtig in Sofia kein eigenes Haus erworben werden konnte. Das Recht der Bundesstaaten auf selbständige Vertretung kann nicht bestritten werden. Dennoch werden hier und da Stimmen laut, die solche Vertretungen gerade in dieser Zeit nicht als Stützung des Reichsgedankens vor dem Ausland betrachten.

Hinsichtlich der Verhandlung der Wahlrechtsfrage im preußischen Herrenhaus ist nunmehr beschlossen worden, dass die Wahlrechtskommission nicht wie ursprünglich beabsichtigt, am 2. September, sondern erst am 4. September zusammengetreten soll. Am Montag vereinigen sich wieder die beiden Fraktionen des Herrenhauses zu Vorberatungen. Anscheinend will man verfahren, schon vorher eine Verständigung anzubahnen. Die Verhandlungen der Kommission sollen ungefähr acht Tage in Anspruch nehmen.

Österreich-Ungarn.

Die Gerüchte von einer Umwandlung Österreichs in einen Staatenbund haben die Wiener Regierung zu der Erklärung veranlasst, dass sie in der Vorbereitung einer Bevölkerungsrevision unter Wahrung aller Einheitsinteressen des Staates vorerst eine ihrer wichtigsten Aufgaben erblickt, das aber gegenwärtig der Stand der Vorarbeiten ein Hervertreten mit den ins Auge gefassten Plänen noch nicht zu steht. Gleichwohl verlaufen aus zuverlässiger Quelle, dass der Ministerpräsident schon wiederholt mit den Parteiführern Fühlung genommen hat, um ihre besonderen Wünsche kennenzulernen.

Polen.

Sicherlich der Polnischen Frage wogt der Streit der Meinungen noch immer hin und her. So wird jetzt wieder von polnischer Seite behauptet, dass die leitenden österreichischen Kreise entschieden bei der sogenannten austro-polnischen Lösung beharrten, und dass sie diese Lösung verlangen und verteidigen. Zwischen Deutschland und Österreich ist ein volles Einvernehmen noch nicht erzielt worden. Deutschland dürfte in der nächsten Zeit einen eigenen Vorschlag machen. Weil zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein Einverständnis über die Lösung noch nicht besteht, sehen diese Regierungen immer klarer, dass die Polen zur tätigen Mitwirkung an der Entscheidung berufen sind. Deshalb sind zu den weiteren Verhandlungen Vertreter Polens eingezogen worden.

Finnland.

Nachdem bei den finnisch-russischen Friedensverhandlungen in den Hauptfragen bisher kein Einverständnis zwischen beiden Parteien zu erreichen war, haben die finnischen Bevollmächtigten vorgeschlagen, die Verhandlungen auf einige Wochen zu vertagen, bei Wiederaufnahme der Unterhandlungen würden die finnischen Bevollmächtigten den russischen durch Vermittlung der deutschen Regierung weitere Vorschläge unterbreiten. Daraufhin wurden die Verhandlungen vorläufig vertagt. Die Vertreter der biederseitigen Delegationen haben Berlin, wo bekanntlich die Verhandlungen stattfanden, bereits verlassen.

Rußland.

Die Lage der Sowjetregierung erscheint gegenwärtig wieder gefestigt. Alle Einzeltongressen haben die Maßnahmen der Moskauer Volkskommissare genehmigt und waren einig in dem Beschluss, alle gegenrevolutionären Versuche zu unterdrücken. Nicht zuletzt haben wohl die Sieger der Sowjettruppen die Moskauer Regierung gestärkt. Die aus der russischen Hauptstadt gemeldeten Erfolge werden übrigens durch die japanischen amtlichen Nachrichten bestätigt. Die Tschecho-Slowaken haben unermüdlich eine schwere Niederlage erlitten. Dazu kommt, dass im letzten Augenblick China den sibirischen Feldzug aufgegeben zu haben scheint und nun Japan beschuldigt, es gebe auf eigene Faust im Widerstand mit dem Plan der Verbündeten vor. Kurz, die Regierung Trotzki-Benin darf ein wenig freier atmen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. Aug. Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird am kommenden Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammentreten. Den Vorsitz wird, wie immer, der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Dandl führen.

Berlin, 29. Aug. Reichskanzler Graf Hertling hat vor seiner Heimkehr im Großen Hauptquartier die finnische Abordnung für die Königsmahl empfangen.

München, 29. Aug. König Ludwig begibt sich am

3. September zu fünfjährigem Aufenthalt nach Sofia.

München, 29. Aug. Kaiser Karl empfing gestern in München nach der Zeremonie den Ministerpräsidenten v. Dandl und den Kriegsminister v. Hellingrath und batte mit ihnen

eine längere Unterredung, ebenso König Ludwig mit dem Ländler Grafen v. Burian.

München, 29. Aug. Wie die Münchener Post meldet, hat der Reichstagabgeordnete Georg v. Vollmar den Bureau des Reichstages und des Bayerischen Landtages angezeigt, daß er seine Mandate niedergelegt. Der betagte Sozialistenhörer ist seit längerer Zeit schwer leidend.

Stuttgart, 29. Aug. Als Vertreter der württembergischen Regierung wird sich Ministerialrat Schaeffer in Teilnahme an den Wirtschaftsverhandlungen nach Salzburg begeben.

Bern, 29. Aug. Der irische Preß ist verboten worden, über politische Verhandlungen zu berichten, damit ist das Ende der Home Rule-Bewegung besiegelt. England hat wieder einmal "gefeiert".

Amsterdam, 29. Aug. Als Versammlungsort der Sozialisten-Konferenz der Verbündeten ist jetzt endgültig London festgesetzt worden.

Rotterdam, 29. Aug. An der amerikanisch-mexikanischen Grenze kam es zwischen Truppen zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf es auf beiden Seiten mehrere Tote und Verwundete gab.

Genua, 29. Aug. Der französische Ministerrat hat auf Antrag des Handelsministers beschlossen, die Gebührenfreiheit für amtliche Telegramme jeder Art aufzuhören.

Der Krieg.

Der deutsche Rückzug.

Haag, 29. Aug. Die Lage an der Westfront beurteilt der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" wie folgt: Die Deutschen haben die Somme überschritten. Gestern schien es nur, daß Chaulnes und Roche geräumt würden. Heute ist die Räumung bereits Tatsache. Die verblüffende Schnelligkeit, mit der die Deutschen diese gefährliche Bewegung ausgeführt haben, beweist, daß sie die Kunst, schnell zu manövrieren, noch nicht verlernt haben. An dem südlichen Teil, wo der Übergang des Flusses am gefährlichsten war, wurde er zuerst unternommen, weiter nach Norden zu, wo die Deutschen in dem von den Granaten durchschüttelten Trichterfeld der Sommeschlacht eine gute Deckung hatten, sind die Truppen bei Peronne und Brie beschäftigt, den Fluß zu überschreiten, wodurch für die Entente die Möglichkeit verloren ging, dem deutschen Heere hier, bevor es die Somme überschritt, eine große Schlappe zuzufügen. Die Deutschen waren, so lange sie unter starkem feindlichem Druck standen, für die Entente zu langsam zurücksgegangen, und jetzt, wo der Druck sich verringerte, wieder zu schnell. Der Rückzug hat sich also für die Deutschen zu einem Erfolg entwickelt.

Berlin, 29. Aug. Die große Schlacht im Westen dauert mit unverminderter Härte an und gibt den Feind tagtäglich seine durch die blutigen Kämpfe gesichteten Verbände frisch aufzufüllen. Den Engländern brachte auch der achte Großkampftag trotz ihrer Massenangriffe an keiner Stelle einen nennenswerten Erfolg. Die Eigenart der Kämpfe bringt es mit sich, daß die Engländer nie wissen, ob die Deutschen gewillt sind, ihre Angriffe anzunehmen oder kampflos taktisch wertloses Gelände preiszugeben. In längst von den Deutschen aufgegebenen Abschnitten fühlen die Engländer nur vorsichtig nach und lassen sich halbe Tage von schwachen deutschen Patrouillen mit wenigen Maschinengewehren aufhalten. Andererseits prallen ihre Kolonnen gegen vorbereitete deutsche Stellungen und erleiden im Feuer der Maschinengewehre und Lauer-Batterien schwere Verluste. Das wenige, was sich die Deutschen in der Somme-Wildnis während ihres letzten Durchmarsches neu gebaut hatten, wurde plaudrig zerstört. Die Kunstdächer der Bahnen und Straßen werden gesprengt.

Die Hauptlast der Kämpfe um diese für uns bedeutungslose Eindöde tragen nach wie vor die australischen Divisionen. Sie alle sind zwischen der

Somme und Chaulnes, oft sogar zum zweiten- oder drittenmal eingesetzt. Südlich Chaulnes mußten bereits Franzosen die Engländer ablösen.

Ebensoviel Erfolg wie die britischen Truppen hatten am 28. August die mit Unterstützung der Amerikaner angreifenden Franzosen nördlich der Aisne. Der Masseneinsatz der in Reihen von Hunderten während des vergangenen Jahres fertiggestellten Panzerwagen sollte die Erfolge sichern. Es zeigt sich jetzt, daß die auf die Tante gesetzten großen Hoffnungen sich nicht erfüllten. Die deutsche Verteidigung wird der Sturmwagen täglich besser Herr. Infanterie, Tankabwehrschule und Kraftwagen haben sich in der Abwehr und Erdigung des neuen feindlichen Kampfmittels vervollkommen.

Wien, 29. Aug. In seiner Besprechung der großen Schlacht an der Westfront betont das Freudenblatt, daß doch ohne Rücksicht auf die ungeheuren Blutopfer mit aller Macht die Entscheidung herbeizuführen trachte, die ihm jedoch nicht gelingen werde, denn das strategische System der Deutschen sei ganz unversiegt. Das Blatt sagt weiter: Die wilden Hammerschläge der Angriffe doch haben das Gefüge der Deutschen nicht erschüttert. Sie sind durch die meisterhafte Taktik des Bewegungskrieges im elastischen Wechsel zwischen Ausweichen und Gegenangriff immer abgedefertigt worden, sodass der Angriff der Alliierten niemals über die von der deutschen Führung gezogene taktische Pufferzone hinauskommt. Das Blatt bezweifelt die Angaben der Entente, daß ein Durchbruch gegenwärtig überhaupt nicht beabsichtigt sei, sondern hält eher dafür, daß die europäischen Alliierten deshalb so sehr auf die Entscheidung drängen, weil sie es aus vielen politischen und wirtschaftlichen Gründen durchaus nicht darauf ankommen lassen wollen, daß Amerika als Matador des Schlussiegess aufstreite. Vorherhand allerdings sei bis dahin ein noch recht weiter Weg.

Schwierigkeiten für den amerikanischen Nachschub.

Lugano, 29. Aug. "Secolo" meldet aus Washington: General March, der Chef des Generalstabes, erklärte, daß gegenwärtig in Frankreich 32 Divisionen amerikanischer Truppen befinden. Es bestehen große Schwierigkeiten, diese Truppenzahl weiter zu erhöhen wegen des Mangels an Schiffraum.

Erfolgreiche deutsche Gegenangriffe bei Oppy.

Haag, 29. Aug. Reuter meldet: Kräftige Gegenangriffe der Deutschen bei Oppy haben bewiesen, daß die Briten nicht alle Geländevorteile halten könnten, die sie am Montag nördlich der Scarpe erzielten. Die Deutschen haben Verstärkungen in die Schlacht geworfen und damit ein Durchbringen der Briten an verschiedenen Stellen erreicht.

Der Zweck der gegenwärtigen Offensive.

Der militärische Mitarbeiter der Londoner Times schreibt: Es besteht noch immer eine falsche Auffassung über die Ziele der Kämpfe, die jetzt im Gange sind. Unser Ziel war keineswegs das völlige Niederwerungen der Deutschen; denn wir sind noch nicht stark genug, um den Feinden einen endgültigen Schlag zu versetzen. Immerhin ist es möglich, daß wir bald militärisch stark genug sein werden. Wir dürfen uns jedoch nicht überreilen, ehe unsere Kräfte das Höchstland erreicht haben.

Bewegungskrieg größten Stils.

Die "Birker Morgenzeit" bezeichnet als geschickteste Taktik der deutschen Heeresleitung, den Gegner immer ganze Armeen zu gewaltigen Offensivstößen ansehen zu lassen, ihm dann so schweren Schaden beizubringen, daß möglich, im übrigen aber durch geschickte Rückzüge ihm die Basis seiner Operationen immer wieder zu entziehen. Dadurch wird der Angreifer erschöpft. Wir erleben hier den Bewegungskrieg größten Stils, wo der Angreifer schwer Opfer bringen muß, um immer wieder einen Rückwärts zu kommen, ohne aber an sein Ziel zu gelangen.

England verzögert das Gefangen-Ablkommen.

In einer Neuermeldung vom 28. August wird behauptet, daß die großbritannische Regierung der deutschen Regierung sofort ihre Bereitwilligkeit erklärte, die am 14. Juli im Haag unterzeichnete Vereinbarung über Kriegsgefangene und Stöv-

personen mit einer Einschränkung zu ratifizieren, daß die deutsche Regierung indessen noch nicht geantwortet habe und somit die Verantwortung für die Verzögterung trage. Dieser Vorwurf ist völlig unbegründet. Bis in die allerletzte Stunde war der deutsche Regierung keinelei Mitteilung der großbritannischen Regierung über deren Stellung zu der Vereinbarung zugegangen. Erst am 28. August hat der deutsche Gesandte im Haag eine Erklärung der großbritannischen Regierung erhalten, wonach diese zur Ratifikation der Vereinbarung bereit sei, wenn die deutsche Regierung einer Änderung der getroffenen Vereinbarungen in einem wesentlichen Punkte zustimme. Auf die Frage einer bestreitenden Regelung der Lage der Chinadeutschen, von der deutscherseits die Genehmigung zu der Vereinbarung abhängig gemacht wird, ist die großbritannische Regierung in dieser Erklärung mit seinem Worte eingegangen. Hierdurch kann die Neuermeldung nur als eine gräßliche Entstellung der Wahrheit bezeichnet werden.

Zwei Truppentransporte versenkt.

Mit 900 Amerikanern untergegangen.

Rotterdam, 29. August.

Nach zuverlässigen Nachrichten sind zwischen dem 12. und 23. August zwei amerikanische Transportschiffe versenkt worden. Auf einem kamen 264 und auf dem andern 619 Soldaten ums Leben. Die Dampfer fuhren in getrennten Geleitzügen. Außerdem wurde noch ein dritter Dampfer, der mit Munition und Lebensmitteln beladen war, versenkt.

Die Versenkung der Truppentransporter wurde von dem amerikanischen Nachrichtendienst geheimgehalten. Der Befehl ließ nur die Angabe der Opfer unter der Schiffsbemannung durch, die auf dem einen Schiff neun, auf dem andern 16 Mann betrugen. Die Geleitzüge kamen am 19. August in Brest an, wo von einem Dampfer, der Geleitzüge an Bord hatte, vier Leichen und sechs Verwundete an Land gebracht wurden.

kleine Kriegspost.

Berlin, 29. Aug. Der Kaiser traf heute in Naumburg zum Besuch beim König Ferdinand von Bulgarien ein.

Strasburg i. E., 29. Aug. Bürgermeister Cokmann von Mühlhausen ist nach vierjähriger Gefangenschaft aus Frankreich zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Konstantinopol, 29. Aug. Der Sultan wird nach der Rückkehr der besonderen Missionen, die seine Thronbesteigung notifizierten, eine Auslandsreise zum Besuch der Herrscher der Mütterländer unternehmen.

Rotterdam, 29. Aug. Der Senat der Vereinigten Staaten hat dem Mannschaftsgesetz zugestimmt.

Hanau, 29. Aug. In einem englischen Bericht wird mitgeteilt, daß die alliierten Streitkräfte die Flußflottille der Holländer ausgemördert haben.

Sofia, 28. Aug. (W. B.) Sieben Vertreter bulgarischer Genossenschaften reisen heute nach Deutschland ab, wohin sie sich auf Einladung des Instituts für Annäherung zwischen Deutschland und Bulgarien begeben, um das deutsche Genossenschaftswesen, namentlich die landwirtschaftlichen Vereine, eingehend zu studieren.

Vom Tage.

Feldmarschall Hindenburg über den Wiederaufbau.

Berlin, 29. August.

Generalfeldmarschall von Hindenburg antwortete auf das Begrüßungstelegramm des auf einer Reise in Ostpreußen befindlichen Hauptratschusses des preußischen Abgeordnetenhauses:

"Herzlichen Dank den Herren des Staatshaushaltsschusses für freundliches Gedanken. Wie der Wiederaufbau des verwüsteten Ostpreußens durch den Ansturm der Feinde nicht gehindert werden konnte, so wird auch Deutschlands wirtschaftliches Leben nach dem Kriege allen Gegnern zum Trost neu erblähren."

Auf ein Telegramm, daß die Vaterlands-Partei in Reichenberg im Vogtland an den Generalfeldmarschall mit der Bitte um ein Lebenszeichen, um Gerüchten über den Gesundheitszustand des Feldmarschalls entgegentreten zu können, gerichtet hatte, antwortete Hindenburg: "Bin Gott sei Dank kernig und sehe der Zukunft ge trost entgegen."

Feldmarschall von Hindenburg."

nach London bedarf; die Papiere müssen sich hier finden, wir müssen besser suchen."

"In dieser Illusion kann ich dich leider nicht bestärken," entgegnete Herbert. "Der ganze schriftliche Nachlaß, alle Dokumente, selbst die Geschäftsbücher sind auf das Gemessenste durchsucht worden, auch nicht das kleinste Blatt ist unseren Augen und Händen entgangen. Ich habe den ganzen ersten Stock durchsucht, auch alle Fächer und Kästen der unbewohnten Möbel in den Gesellschaftsräumen."

In diesem Augenblick flog eine tiefe Glut bis über die Schläfen des jungen Mädchens — es war, als durchschüttete ein jähres Schrecken ihren Körper.

"In den Gesellschaftsräumen des ersten Stocks sagtest du?" fragte sie wie mit zärtlich gehaltenem Atem. "Und die Zimmer im Seitenflügel?"

Der Vater rief sie grob an. "Wie hätte mir auch nur der Gedanke kommen können, dort zu suchen?"

"Im Spülzimmer der schönen Tore, das seit Jahren kein Mensch Fuß betreten hat!" setzte die Frau Amtsrichterin mit Hohnlächeln hinzu. "Da siehst du ja, Herbert, wie logisch es in solch einem lunterbunten Mädelgehöft zugeht!"

"Ich habe den Papa kurz vor seinem Tode hineingehen sehen," sagte Margarete schauder ruhig, aber ihre Stimme wankte vor innerer Bewegung. "Er hat sich damals eingeschlossen."

"So gehen wir unverzüglich!" rief der Vater überrascht.

Sie flog hinunter, um die Schlüssel zu holen. Nach wenigen Minuten sah sie zurück und traf mit Herbert an der Tür des Büroraumes zusammen; aber er war nicht allein; seine Mutter, in dicke, warme Schal und Tücher gewickelt, ging an seinem Arm. Sie müsse doch auch dabei sein, wenn der Schatz gehoben werde, sagte sie mit einem spöttischen Seitenblick auf die Enkelin.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

49. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

"Lebenspanne! Närkin! Ich sage dir, das würden alle Bernünftigen, alle, die auf Ehre und Reputation ihres Hauses halten, von dir fordern." "Herbert nicht!" rief das junge Mädchen mit leidenschaftlichem Protest.

"Herbert?" rügte die Frau Amtsrichterin scharf, mit hochmütigem Befremden. "Trittst du wieder in die Kinderschuhe zurück? „Der Onkel“, willst du sagen?"

Ein jähres Farbenwechsel flutete über das Gesicht der Gemahrgretchen. "Nun denn — der Onkel" verbesserte sie sich hastig. "Er wird nie zu jenen gewissenlosen Bernünftigen gehören, nie, niemals! Ich weiß es! Er soll entscheiden —"

"Gott bewahre! Du unterstehst dich nicht, mit ihm darüber zu sprechen, bis —"

"Was wann, Mama?" fragte der Landrat plötzlich von seinem Zimmer her.

Die alte Dame schaute zusammen, als sei ein jäher Donnerschlag ihr zu Hause hingerollt. "Ah, bist du schon so früh zurück, Herbert?" stotterte sie, verlegen sich umwendend. "Du kommst ja wie hereingeschleift!"

"Kerneswegs. Ich stehe seit lange hier in der offenen Tür, allein ich sandt keine Beachtung." Mit diesen Worten kam er herüber. Er sah ernst, ja finster aus, und doch war es dem jungen Mädchen, als leuchte sein Blick blitzaartig auf, indem er ihr Gesicht streifte.

"Ich würde mich sofort diskret zurückgezogen haben," wandte er sich an seine Mutter, "wenn die lebenshafte Verhandlung zwischen dir und Margarete nicht auch mich angeinge — du weißt, ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, nicht in die Angelegenheit zu bringen."

"Auch steht noch, nachdem du dich hast überzeugen müssen, daß jeder gesetzliche Anhaltspunkt fehlt?" fragte die alte Dame zitternd vor Angst. Sie zuckte die Schultern. "Nun, meinewegen, sieht Haderln an, um einen Schandfleck zu beleuchten — mehr werdet ihr nicht

erreichen! Dich, Herbert, begreife ich nicht! Es liegt doch auf der Hand, daß die Papiere — wenn sie je existiert haben, was ich durchaus bezweifle — aus guten Gründen verschwunden sind. Sagst du dir nicht selbst, daß du dich mit diesem Aufsuchen des widerwärtigen Handels gn' Balduin schwer versündigst?"

"Wie — eine Versündigung nennst du es, wenn ich mich bemühe, seine Schuld gutzumachen?" zürnte ihr Sohn. "Lebrigens kommt es für mich gar nicht mehr in Frage, ob eine Verübung von Seiten des Verstorbenen stattgefunden oder nicht; ich vertrete hier das Recht des Lebenden, der nicht bestohlen werden darf. Ich weiß bereits zu viel, um es geschehen zu lassen, daß das Tunel über dem „widernötigen Handel“, wie du die schwedende Frage nennst, verbleibt. Über glaubst du, ich würde mich je zum passiven Mittwissen einer verschwiegenen Sünd eignen? Margarete sagt aus —"

"Komme mir nicht mit diesen Hirngespinsten!" rief die Frau Amtsrichterin, in erbitterter Abwehr beide Hände gegen ihn ausstreckend. "Man weiß zur Genüge, daß es für solch einen mühsigen Mädelkopf nur eines sehr geringen Inhaltes bedarf, um daran ein ganzes Gewebe von Phantasterei zu knüpfen."

Der Landrat wandte den Kopf seitwärts nach dem jungen Mädchen. "Doch es dich nicht kränken, Margarete!" sagte er.

"Was für ein liebevoll tröstender Ton!" spottete seine Mutter. "Wirst du mit einem Male ein zärtlicher Onkel, du, der für Hanni Nestleie nie auch nur eine Spur von Sympathie gehabt hat? ... Immerhin! Haltet zusammen gegen mich, die allein den Kopf oben behält! Mich werdet ihr nicht überführen, es sei denn, daß ich's schwarz auf weiß sehe!"

"Du wirst es schwarz auf weiß sehen, Mama!" sprach Herbert ruhig und bestimmt. "Die Kirchenbücher in London werden nicht auch verbrannt sein."

"O, mein Gott! Damit willst auch du sagen, Onkel, daß mein Vater die in seinen Händen befindlichen Papiere selbst vernichtet haben müsse?" rief Margarete in einer Art von stiller Verzweiflung. "Das ist nicht wahr! Er hat es nicht getan! Ich habe die unerschütterliche Überzeugung, daß es keiner Reise

Griechenbeschaffungen im englischen Volke.

Amsterdam, 29. Aug. In Glasgow sammelte sich infolge des Gerichts, der Friede werde abgeschlossen, eine riesige Menge vor dem Hauptpostamt an, von wo das Gericht zugegangen. Als es als ungutstellend erklärt wurde, zeigte sie große Enttäuschung bei den Postmassen.

Finnischer Protest an die Envoe.

Helsingfors, 29. Aug. Aus Anlaß der Verlebung des finnischen Gebietes durch englische Flieger bat die finnische Regierung durch die Gesandtschaft Englands und der übrigen Dreiheitmächte Protest eingezogen und Aufführung und Beauftragung der Schulden sowie Schadenerias für die Beziehungen geladet.

Preiserhöhung für oberösterreichische Kohle.

Benthen, 29. Aug. Aus Anlaß der Verlebung des finnischen Gebietes durch englische Flieger bat die finnische Regierung durch die Gesandtschaft Englands und der übrigen Dreiheitmächte Protest eingezogen und Aufführung und Beauftragung der Schulden sowie Schadenerias für die Beziehungen geladet.

Amerikanischer Militärzwang auch nach dem Kriege.

Genf, 29. Aug. Eine Meldung aus Newport aufzeigt, daß der Präsident des Repräsentantenhauses bei der Verabschiedung der neuen Militärvorlage eine Rede und betonte, daß Volk wünsche die Aufrichterhaltung der Wehrpflicht auch nach dem Kriege.

Bauerntum und Mittelstand.

In einem bemerkenswerten Aufsatz nimmt der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Dr. Stresemann, Stellung zu der Frage, ob nach der langen Dauer des Krieges die herrschende wirtschaftliche Politik noch geeignet ist, uns die fruchtbaren Grundlagen in bezug auf Bauerntum und Mittelstand als die beiden Grundstoffe einer gesunden Wirtschaft zu erhalten. Dr. Stresemann weist darauf hin, wie man ängstlich bemüht gewesen sei, in der wirtschaftlichen Kriegsgesetzgebung die Ansichten der Gewerkschaften zu erforschen und ihren Anstrengungen gerecht zu werden. Die weitgehende Rücksichtnahme des Staates, die gegenüber den Arbeitnehmerinteressen fortgesetzt geübt sei, habe die Politik gegenüber der Landwirtschaft vollständig vermisst lassen. Der Bauer habe von dem Wohlwollen der Behörde nichts zu spüren bekommen. „Ahn kann man“, führt Stresemann weiter aus, „mit Beschlagnahmen, Haussuchungen, Durchsuchungen, auch durch Militär, Strafen, Androhungen und einem Regensabat von Verordnungen, die niemals von einer Landwirtschaftskammer ausgesponnen worden sind, bei denen die Vertretungen nicht um ihre Meinung befragt wurden, so daß sie vielfach von Leuten ausgingen, die von diesen Dingen theoretisch wenig und praktisch gar nichts verstanden. Es ist keine Bund der Landwirte in die Deutlichkeit gesetzte demagogische Phrase, daß der deutsche Bauer dadurch heute teilweise bis zum Haß verbittert ist. Die Jubiläumsfeier wird gerade in der Landwirtschaft als unerträglich empfunden, und da Trutz, Gegendruck erzeugt, ist das Ergebnis eine Minderung der Freudigkeit, ein Sich-versteifen gegen die Regierungsverordnungen und ein Wanco an Staatsfreudigkeit, das sich einmal aufzeigen wird, wenn man zu späteren Zeiten wieder die Notwendigkeit empfinden dürfte, an diejenigen Schichten zu appellieren, die man jetzt straflos glaubt vernachlässigen zu können. Es ist seltsam, wie ungerecht die öffentliche Meinung sich in bezug auf die Landwirtschaft gerade in der Gegenwart stellt. Sobald es sich um Erhöhung des Preises für landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, wird sofort von Wucher gesprochen. Wenn das Wort Bedeutung haben soll, dann wäre es auf viele andere Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens mit viel größerer Berechtigung anzuwenden, als auf die deutsche Landwirtschaft, die ihrerseits die notwendigen Maschinen und Neuanschaffungen zu exorbitanten Kriegspreisen beschaffen muß, aber selbst nicht in der Lage ist, einen den gestiegenen Erzeugungskosten entsprechenden Preis für ihre Produkte zu erhalten. Die kriegswirtschaftliche Methode auf dem Lande zeigt seltsame Gegenseite. Der Landwirt sieht die sinkende Bereicherung aller derjenigen Personen, die einen Posten als Vermittler oder Agent der Kriegswirtschaft erlangt haben. Es wirkt auf ihn aufreizend, wenn er sieht, wie einige Pferde- oder Viehhändler, die nur die Vermittelung durch ihre Bücher gehen lassen, das Geld in Scheffeln einstreichen, daß Fabriken, deren landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Verarbeitung zugewiesen werden, Millionen verdienen, während sie selber um jede angemessene Erhöhung ihrer Erzeugnisse einen oft vergeblichen Kampf führen müssen. Zu den hohen Preisen für die Viehfütterung stehen die für das Rindvieh gezahlten Preise in keinem Verhältnis und erstickt dadurch die Produktion. Dazu kommen dann noch allerlei Schikanen, beispielsweise, daß die Ablieferungstermine willkürlich festgesetzt werden und ein Bauer, der unter Zugrundezugung des alten Preises seine Kühe angefüttert hat, sie nicht zu dem Termin loswerden kann, wo sie schlachtreif sind, dann aber bei dem nächsten Ablieferungstermin erfahren muß, daß inzwischen die Preise um 40 Pf. pro Centner heruntergesetzt sind. Gewöhnlich man sich doch endlich daran, mit dem blöden Schlagwort von dem „Agrarier“ aufzuräumen und alle diese Dinge der Ernährung mit dem gesunden Menschenverstand anzusehen. Was dem Munitionsarbeiter recht ist, ist dem Bauern billig. Wenn der deutsche Liberalismus in dieser Kriegszeit, in der es sich darum handelt, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, sich von den Grundsätzen des Asphaltliberalismus in bezug auf die Landwirtschaft leiten läßt, dann geht ihm das Vertrauen in der Landwirtschaft verloren. Wenn so fehlerhaft wie es ist, die Fragen der Außenpolitik mit denen der Innenpolitik zu verknüpfen, genau so fehlerhaft wäre es, aus einem falschen Vorurteil gegen die „Agrarier“ heraus sie auch dort nicht zu hören, wo sie unzweifelhaft das größte Sachverständnis haben. Wenn jeder ein Egoist ist, der in diesem Kriege höhere Preise für seine Erzeugnisse verlangt hat, dann besteht das deutsche Volk überhaupt nur aus Egoisten. Mit diesem Vor-

wurf sollte man gerade angesichts der Vorgänge in unserem übrigen Wirtschaftsleben recht vorsichtig sein, ehe man ihn gegenüber der Landwirtschaft anwendet.“

Dr. Stresemann prüft dann die Frage, wie es um die Lebensfähigkeit des Mittelstandes steht, und sieht sich für die Wiederaufrichtung des Mittelstandes nach und während des Krieges nachdrücklich ein. Zur Frage der Beamtenbefriedung tritt Dr. Stresemann den Standpunkt, daß das Jurisdiktionsrecht der Beamtenbefriedungsreform im großen richtig war, so lange man mit einem kurzen Krieg rechnete, daß aber heute zu erwägen sei, ob diese Gedankengänge noch aufrechterhalten werden können. Zum mindesten werde man die Teuerungszulagen in das richtige Verhältnis zu den gestiegenen Lebenshaltungspreisen bringen müssen. Gleicher Recht für alle bedeute in der Gegenwart gleiche Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Faktoren und Gleichstellung aller für das Vaterland ehrlich Arbeitenden, gleichgültig, auf welchem Platz sie stehen, unbeschadet dessen, ob sie Kopf oder Handarbeiter sind. Das heutige System sei durch große Einheitlichkeit gekennzeichnet und berge Gefahren in sich, denen wir begegnen müßten, ehe es zu spät sei und ehe wir unersetzbare Werte des deutschen Volkslebens dauernd zerstört oder mindestens herabgedrückt haben.

Aus Nach und Fern

Herborn, den 30. August 1918.

* Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt Herr Steuereinspektor Selbach.

* Zur Kontrolle der Viehhäfen, insbesondere zur Unterstützung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und zur wirksamen Erfassung der Milcherzeugung soll im Wege örtlicher Polizeiverordnungen die Einrichtung von Viehhäfen durchgeführt und demgemäß ein Zwang zur Anmeldung des Kindbetriebes, sowie der Kälbergeburt bei den Gemeindebehörden hergestellt werden. Dieses Viehregister darf auch dazu dienen, eine Grundlage für den Wiederaufbau unseres Viehbestandes zu schaffen.

* (Gemeinverständliche Belehrung über die Ruhr.) Die Ruhr beginnt mit bestigen Schmerzen und Durchfällen, die bald ein schleimiges Aussehen annehmen. Meist ist dem Schleim auch Blut beigemengt. Bisweilen beginnt die Krankheit mit Brechern und Übelkeit. Sieber ist oft vorhanden, kann aber auch vollständig fehlen. Es empfiehlt sich, beim Auftreten verdächtiger Krankheitssymptome sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen. Die Ruhr ist eine ausgesprochene Schmutzkrankheit. Ihre Übertragung kommt ausschließlich dadurch zustande, daß Teile vom Stuhlgang eines Ruhrkranken in den Mund eines Gesunden gelangen. Der Erreger der Ruhr, ein Bazillus, wird nämlich von den Kranken lediglich mit dem Stuhlgang ausgechieden. Die dünnflüssigen Darmentleerungen beschützen auch bei an sich sauberen Menschen sehr leicht die Hände, zumal Papier häufig für Flüssigkeiten und Bakterien durchlässig ist. Durch unsaubere Hände werden dann die Ruhrkeime auf Gegenstände (Griff am Wasserzug des Closets, Türklinken, Treppengeländer und Gebrauchsgegenstände), ferner auf Nahrungsmittel oder unmittelbar auf Gesunde übertragen. Der wirksame Schutz gegen die Ruhr ist daher Sauberkeit der Hände. Auch können Bliegen die Ruhr verbreiten, wenn sie Gelegenheit haben, sich auf Entleerungen von Ruhrkranken und danach auf Nahrungsmittel zu setzen. Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr. Sie können jedoch durch Erzeugung von Magen- und Darmskatarrhen das Hafsen etwa in den Darmkanal hinein gelangter Ruhrbazillen und damit das Entstehen der Ruhr begünstigen. Deshalb vermeide man beides, wenn Ruhr herrscht, ganz besonders. Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker in einem Krankenhaus. Durch schleunige Absondierung der Kranken und Infizierten im Krankenhaus werden auch ihre Familienangehörigen und Arbeitsgenossen in wirksamster Weise gegen die Übertragung der Ruhr geschützt. Werden die geschilderten Vorsichtsmaßregeln beobachtet, so erlischt eine Ruhrepidemie in der Regel schnell.

* Die Titeländerung sucht beginnt epidemisch zu werden. Nachdem uns dieses Jahr schon den Studienreferendar, Studienassessor und Studienrat gebracht hat, sollen nunmehr auch die Titel der höheren Beamten in entsprechender Weise geändert werden. Es heißt, daß Ermittlungen im Gange sind, ob etwa die Regierungsbauführer in einen Baureferendar und der Regierungsbaumeister bis zur planmäßigen Anstellung in einen Bauassessor umzuwandeln seien. In den beteiligten Kreisen wird man von diesem Plan keineswegs recht erbaut sein, und man hofft, daß er nicht zur Ausführung gelangt, da an den bisherigen Titeln wahrhaftig nichts auszusehen ist. Es ist daher nicht einzusehen, warum die bisherigen schönen Titel durch die Assessoritis erlost werden sollen.

Limburg. Auf die Ermittlung des Täters, der am 12. August im Staffeler Gemeindewald den Arbeiter Karl Opel in verbrecherischer Weise erschoß, setzte die hiesige Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 1000 Mark aus.

Friedberg. Bei der Spezialverteilung, die in der vorigen Woche für die Einwohnerschaft des Kreises Friedberg vor sich gehen sollte, fehlten etwa 20 Rentner Spec. Da die Stadt Friedberg bereits voll beliefert war, mußten sich die Landorte mit erheblich geringeren Mengen, als ursprünglich in Aussicht genommen war, begnügen. Wo die fehlenden 20 Spec. geblieben sind, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Frankfurt a. M. Der seit Mat infolge des bekannten Unfalls in der Umformestation am Schillerplatz unterbrochen gewesene direkte Straßenbahnbetrieb nach Homburg und Oberursel wurde am Donnerstag wieder aufgenommen. Auch eine Anzahl Nebenlinien in Großfrankfurt wurde wieder in Betrieb gesetzt.

Mannheim. Gegen die hohen Weinpreise nehmen die christlichen Gewerkschaften Badens in einer Eingabe an die Großherzogliche Regierung Stellung. Sie verlangen Maßnahmen, die ein weiteres Steigen der Weinpreise unter allen Umständen verhindern sollen. In der Eingabe wird gesagt, daß die kleinen Leute, die Arbeiter, unten und mittleren Beamten usw., desgl. auch Kranke und schwächliche Personen, die im Interesse ihrer Gesundheit Wein trinken müßten, bei den heutigen hohen Preisen ihn fast nicht mehr kaufen könnten. Zum Schluß heißt es: „Gehen die Weinpreise noch mehr in die Höhe, dann können nur noch die Kriegsgewinner und Heereslieferanten Wein kaufen. Wir haben auch die Auffassung, daß unser Herrgott den Wein nicht nur für diese, sondern für das ganze deutsche Volk wachsen läßt. Und darum müssen Vorkehrungen getroffen werden, um diese edle Gottesgabe dem ganzen Volke zugänglich zu machen.“

Berlin, 29. Aug. Bei einem räuberischen Überfall auf eine Pensionäsin in Charlottenburg wurde diese durch Dolchstiche schwer verletzt. Die Täter, zwei Fahnenflüchtige und eine Frau, wurden verhaftet.

Bremen, 29. Aug. Ein Wirbelsturm richtete in der Bucht des Boddenganges grobe Verheerungen an.

München, 29. Aug. In Althausenburg sind drei Personen beim Baden im Main ertrunken.

Mainz, 29. Aug. Das Landratsamt Wingen kündigt die Schließung der Aufzugspläne wegen Sammertreiberei an.

* Brennspiritus. Vom 1. September d. J. an dürfen nach einer Bekanntmachung der Reichskantoneinfälle bis auf weiteres monatlich wieder 25 Hundertteile derjenigen Mengen, die durchschnittlich monatlich vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 für häusliche Zwecke (Brennspiritus) verbraucht worden ist, zu denselben Zwecken in den Verkehr gebracht werden. Von diesen 25 Hundertteilen werden 20 Hundertteile zum Preise von 55 Pfennig für das Liter ausschließlich Glas gegen Bezugsmarken, die von den Kommunalverbänden ausgetauscht werden, der Rest von 5 Hundertteilen zum Preise von 2 Mark für das Liter ausschließlich Glas ohne Bezugsmarken geliefert. Der Spiritus zum Preise von 55 Pfennig für das Liter ist ausschließlich zur Befriedigung des Bedürfnisses minderbedeutender Personen bestimmt, die ihn zu Koch-, Heiz- und Beleuchtzwecken benötigen, und denen Elektrizität, Gas oder Petroleum nicht zur Verfügung steht, sowie zur Deckung des Bedarfs von Personen, die den Spiritus für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege unbedingt gebrauchen. Gewerbetreibende, die vollständig vergällten Brannwein zur Verarbeitung im eigenen Betriebe benötigen, haben sich zur Erlangung der erforderlichen Bezugsmarken wie bisher an die Großvertriebsstellen zu wenden. Bezugsmarken, die den Kommunalbehörden überlassen sind, sind zur Befriedigung gewerblicher Bedürfnisse nicht bestimmt. Den Gewerbetreibenden gleichgestellt sind: Apotheken, Droghäuser, Krankenhäuser, Lazarette, Ärzte, Hebammen, Dienstleistungen, landwirtschaftliche Betriebe und Darlehenklassen, Behörden, Geistliche und Lehrer.

* Ein deutsches Erfindungsinstitut soll in Gießen gegründet werden. Das Programm ist folgendes: Das deutsche Erfindungsinstitut bestrebt die Förderung deutscher technisch-schöpferischer Arbeit durch Auslese und Förderung erforderlicher begabter Persönlichkeiten sowie durch Unterstützung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe.

* Die Gilbstellgebühr für Postsendungen nach Österreich und Bosnien-Herzegowina wird infolge besonderer Verhältnisse in diesen Ländern vom 1. September ab für Briefsendungen und Postanweisungen auf 50 Pfennig, für Pakete auf 80 Pfennig erhöht. Sie ist nach wie vor vom Absender im voraus zu entrichten.

* Neue deutsche Heilstätte in Davos. Im Laufe des Spätherbstes wird eine neue Heilstätte in Davos eröffnet werden, die namentlich den lungenkranken kriegsbeschädigten Mittelstand zugute kommen soll. Die Mittel dazu sind von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Bäderfürsorge des Centralomitees vom Roten Kreuz und dem Deutschen Kriegerbüsbund in der Schweiz aufgebracht. Das Haus wird zunächst 160 Kranken aufnehmen können.

* Telegraphische Postanweisungen nach Belgien. Vom 9. September ab sind zwischen Deutschland und den im Generalgouvernement Belgien gelegenen Orten Brüssel, Lüttich, Verdiers, nebst deren Vor- und Nachbarorten sowie Antwerpen, Charleroi, Einen, Halle (Belgien), Hasselt (Belgien), Hun, Löwen, Mecheln, Namur, Sint-Truiden, Tienen, Tongern und Wervenrath telegraphische Postanweisungen zugelassen. Röhre Auskunft erteilen die Postanstalten.

* Polizei gegen Gericht. Eine merkwürdige Wirkung hat das Urteil einer Berliner Strafkammer gehabt, daß einen Wirt von der Anklage freisprach, bei Spinat mit Gi die Tierzahl auf der Speisekarte nicht angegeben zu haben. Das Urteil entschied ferner, Geflügelmajonäse sei kein Fleischgericht, und ein Wirt habe als Verbraucher in Bezug auf Höchstpreisüberschreitung zu gelten. Das Berliner Polizeipräsidium erklärt diese Entscheidung in allen Fällen für irrtümlich und will die Gastwirte gleichsam warnen, sich darauf zu verlassen. Die Entscheidung der letzten Instanz muß also diesen für unsere Zeit bezeichnenden Zwiespalt zwischen Rechtsprechung und Polizei schließen.

* Nichthandgezählte Postanweisungen nach Russland. Den Absiedlern der vor dem Kriege in Deutschland nach Russland aufgeliesserten, in Russland nicht mehr ausgetauschten Postanweisungen, ist das Recht vorbehalten worden, die Postanweisungen zurückzufordern. Das Rückforderungsrecht kann aber gegen die russische Postverwaltung nur dann geltend gemacht werden, wenn die Rückforderungsanträge bis spätestens 10. September d. J. bei der deutschen Vermittlungsstelle, dem Postamt 2 in Thorn, vorliegen.

* Verbote spiritistische Kunststücke. Das Generalkommando München hat Vorträge über Spiritualismus und ähnliche Gebiete, ohne wissenschaftlichen Belegungsnachweis, die Werbetätigkeit für solche Vorträge, die Teilnahme daran und die bildliche Darstellung solcher Vorträge verboten.

